



SPIEL DER SPALTUNG

Zum unterschiedlichen Umgang mit Geflüchteten in Berlin
(Seite 3)



ASPHALTIIERTER WAHN

Der geplante Weiterbau der Autobahn 100
(Seiten 6-7)



Berliner Anstoß

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (DKP) BERLIN | 2/2022



Foto: aluhutt / creativecommons.org/licenses/by/2.0 / www.flickr.com/photos/jannishutt/50754206248



Die High-Deck-Siedlung in Berlin Neukölln

Auf dem Leichenwagen Experten beerdigen Volksentscheid

Das von den drei Senatsparteien erlassene Vehikel für die Beerdigung des Volksentscheidergebnisses vom 26. September vergangenen Jahres ist jene Expertenkommission, die der Landesregierung eine Empfehlung über »Möglichkeiten, Wege und Voraussetzungen« der Vergesellschaftung der Bestände großer profitorientierter Wohnungsunternehmen unterbreiten soll. Die SPD macht sich dabei nicht einmal die Mühe, so zu tun, als suche sie nach diesen »Möglichkeiten« – sie hat drei CDU-nahe Juristen in die Kommission geschickt.

Die spannende Frage war, ob sich die Initiative »Deutsche Wohnen & Co. Enteignen« an dieser Kommission beteiligt. Nach außen hin hatten deren Sprecher das bis zuletzt offengelassen. Die politische Einsicht sprach gegen das Mitmachen: Beteiligt sie sich, dann wird die Initiative von der Straße geholt und haftet mit für die Ergebnisse der Senatspolitik, deren Spielregeln sie akzeptiert hat. Die Mieter- und Enteignungsbewegung wird auf diese Weise elegant demobilisiert, denn ihre »Vertreter« sitzen ja mit am Tisch bei den Verhandlungen über die »Umsetzung« des Volksentscheids, die bis 2023 dauern werden. Außerdem stärkt eine solche Kollaboration den rechten Flügel im Berliner Landesverband der Linkspartei, der zuletzt intern unter Druck geraten war – insbesondere wegen des Umgangs mit dem Ergebnis des Volksentscheids.

Kurz vor Ostern hat die Initiative beschlossen, dennoch drei eigene Vertreter in die Kommission zu entsenden – dem Vernehmen nach »mit großer Mehrheit«. Die von der Initiative genannten Gründe für dieses Aufspringen auf den Leichenwagen des Volksentscheids überzeugen nicht. Das weiß man dort offenbar, denn in der einschlägigen Pressemitteilung heißt es: »Die Initiative stellt klar, dass sie den Druck auf die Landesregierung aufrechterhält.« Wie genau, bleibt unklar. Die Vertreter der Volksentscheidinitiative kritisieren die Linkspartei öffentlich, machen aber am Ende genau das, was deren Senatorinnen und Senatoren dabei hilft, weiter in ihren Sesseln zu bleiben. Vorerst offen bleibt, ob das auf Kalkül oder Naivität zurückzuführen ist. (jt)

Krieg gegen die Armen

In Berlin konzentriert sich das Elend in bestimmten Vierteln

Von Jakob Renard

Wer im First-Class-Hotel Estrel im Bezirk Neukölln absteigt, etwa zum Besuch der Münzmesse »World Money Fair«, kann dort, aber höchstwahrscheinlich interessiert ihn das gar nicht, von einer der höheren Etagen, auf eine der ärmsten Gegenden Berlins herabblicken. In direkter Nachbarschaft zum Nobelhotel erstreckt sich die Weiße Siedlung, einige hundert Meter weiter südlich die High-Deck-Siedlung. In keinem anderen Kiez der Stadt liegt die registrierte Erwerbslosigkeit so hoch, nirgendwo sonst innerhalb Berlins ist die Kinderarmut so gravierend wie in diesen sichtbar abgehängten und vergessenen Vierteln. Die offiziell gültige Statistik führt Kinder dann als arm, wenn sie in Familien leben, die sozialstaatliche Leistungen, also »Hartz IV« beziehen. In der Weißen Siedlung sind das 67,5 Prozent der Kinder unter 15 Jahren, in der High-Deck-Siedlung 74,7 Prozent – das heißt, drei von vier Kindern, die dort leben, sind arm.

Dokumentiert wird dieses achselzuckend hingegenommene Elend regelmäßig im vom Senat in Auftrag gegebenen »Monitoring Soziale Stadtentwicklung«. Der kürzlich vorgelegte Bericht für das Jahr 2021 weist aus, dass sich die Armut in denjenigen Kiezen, deren Bewohner seit Jahren schon jeden Cent umdrehen müssen, infolge der Coronakrise weiter verschärft hat. Im Gegensatz zu den Befunden der vergangenen Jahre fällt dabei auf, dass sich der soziale Status der Menschen dieses Mal vor allem in Teilen der Innenstadt und nicht wie zuvor an den Rändern verschlechtert hat. So stellen die Macher der Studie nicht zuletzt für die Ortsteile Wedding, Moabit, Gesundbrunnen, Kreuzberg und Neukölln eine »konstante Benachteiligung« fest. Der *rbb* bilanziert ungewohnt deutlich: »Die sozial schwachen Berliner Kieze in Gesundbrunnen und Wedding, Neukölln und Kreuzberg westlich vom Kottbusser Tor verfallen weiter.«

Berlin ist, soll das alles heißen, sozial zerstückelt. In kaum einer anderen Stadt der Republik gibt es eine sozialräumlich so ausgeprägte Segregation. Armut und Reichtum konzentrieren sich jeweils in be-

stimmten Vierteln, Niedriglohn, Erwerbslosigkeit, Transferbezug und Kinderarmut zeigen in einer ganzen Reihe von Gegenden besonders hohe Quoten. Auf der Grundlage einer Unterteilung in insgesamt 536 »Planungsräume« sind in der Studie 56 von ihnen ermittelt, die »einen sehr niedrigen sozialen Status oder einen niedrigen sozialen Status mit negativer Dynamik aufweisen«. Dazu gehören auch die Weiße Siedlung und die High-Deck-Siedlung. Zusammen mit sieben weiteren aneinander angrenzenden problematischen »Planungsräumen« bilden sie einen Siedlungszusammenhang, in dem knapp 65.000 Menschen leben – eine mittelgroße Stadt, etwa von der Größe Weimars, in der die Armut grassiert.

Der Senat nennt diese Kieze verarmend »Gebiete mit besonderem Aufmerksamkeitsbedarf«. Und mit »Aufmerksamkeitsbedarf« ist denn auch die komplette Gleichgültigkeit treffend beschrieben, mit der die Berliner Landespolitik den Problemen seiner Armutsbevölkerung begegnet. Die entsprechende Etikette berechtigt zu einem kümmerlichen Almosen staatlicher Förderung und soll anzeigen, dass hier vielleicht noch ein bisschen mehr Quar-

tersmanagement nötig sein könnte. Das war's dann aber auch schon – Elendsverwaltung anstelle ernsthafter Problemlösung, denn die ist gar nicht beabsichtigt.

Selbst das, was bescheiden reformistisch und daher traditionell sozialdemokratisch anmutet, eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, sei es vermöge einer Besteuerung der Vermögenden zugunsten derer, die nichts haben, sei es durch einen wirksamen Mietendeckel, wird politisch abgelehnt und juristisch abgeräumt. Die Armutskieze bleiben ihrem Schicksal überlassen, während gleichzeitig »Klimaschutz« für Investoren betrieben wird, auf dass die ihr überschüssiges Kapital in Bauprojekte einbringen, die eine weitere Erhöhung des spekulativen Bodenwerts besorgen und so die Mieten in der Umgebung steigen lassen.

Das Estrel erweitert sich derzeit um einen Hotelurm, der bei Fertigstellung das höchste Haus in Berlin sein soll. Im 45. Stock wird sich dann die Misere der Umgebung aus beruhigender Höhe betrachten lassen. Dort oben den Blick schweifend weiß man dann: hier läuft ein schleicher Krieg, nicht gegen die Armut, sondern gegen die Armen.

KOMMENTAR

Enteignet die Enteigner!

100 Tage Berliner Senat



Von Stefan Natke,
Vorsitzender der DKP Berlin

Mehr als 100 Tage sind vergangen, seit der Senat im Amt ist. Hat sich für irgendwas verändert? Die Mieten kennen nur eine Richtung, der ausgemachte Wahnsinn A 100 soll weitergebaut werden und sich durch Wohngebiete fräsen, Krankenhäuser werden geschlossen, die Schulprivatisierung schreitet voran.

Der Berliner Senat, mal wieder »progressiv« zusammengesetzt aus SPD, Grünen und Linkspartei, hat gar nicht erst den Versuch unternommen, auch nur die Bereitschaft zu simulieren, er würde im Interesse der Lohnabhängigen dieser Stadt regieren wollen. Unter der Fuchtel der Regierenden Bürgermeisterin Franziska Giffey betreibt die Landesregierung jedenfalls eine Politik, vor der sich Wohnungsspekulanten nicht fürchten müssen. Bezahlbare Mietwohnungen in Berlin gibt es für die mit knappen Löhnen, und das sind die meisten in dieser Stadt, immer weniger. Zwangsräumungen finden weiter statt, die Verdrängung aus den Kiezen ist kaum beachteter Alltag.

Die Linkspartei ist heillos zerstritten. Verzweifelt versucht sie den Spagat, gleichzeitig parlamentarischer Arm der Enteignungsbewegung und artiger Koalitionspartner zu sein. Es ist leichter, einen Pudding an die Wand zu nageln, als die Haltung der Partei zur Frage der Enteignung von Wohnungskonzernen zu definieren.

Das »Volk« hat hier, anders als sein »Entscheid« vom vergangenen September vermuten lassen könnte, gar nichts zu melden. Das Verfahren ist nun bei einer Expertenkommission geparkt, der ärgerliche Kasus wird somit schrittweise entsorgt. Die Enteignung, das haben Giffey und Geisel zu verstehen gegeben, wird es mit ihnen nicht geben. Wie leicht und problemlos dann doch enteignet werden kann, zeigt der Ausbau der Autobahn. Was ihr störend im Wege steht, wir dem Eigentümer genommen und plattgemacht. Und ist nicht die schleichende Schulprivatisierung, von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, nicht auch eine Enteignung von Volkseigentum? Ja, aber die dient der Kapitalakkumulation. Akkumulation durch Enteignung heißt der Vorgang. Nötig aber wäre eine Akkumulation der Kräfte für eine Enteignung der Enteigner.

Max Renkl ist Vorsitzender des Freundeskreises Ernst Thälmann e. V., Ziegenhals-Berlin

In den vergangenen Wochen gab es Anschläge auf das Sowjetische Ehrenmal in Treptow und auf das Thälmann-Denkmal in Prenzlauer Berg. Siehst du da einen Zusammenhang?

Ja, den sehe ich durchaus. Diese Attacken stehen vor dem Hintergrund der momentanen Hetze gegen alles Russische und auch gegen Russland selbst. Nach meinem Eindruck sind diese Schmierereien deren erste Auswirkungen. Das sind jetzt die Taten, die den Worten folgen. Und das ausgerechnet am Treptower Ehrenmal, wo ja auch gerade viele ukrainische Rotarmisten begraben liegen, die bei der Befreiung Berlins gefallen sind. Die Heimatfront dreht gerade ziemlich durch.

Aber weiß man denn, wer für diese Anschläge verantwortlich ist?

Nein, ich muss einräumen, wir wissen nicht, ob das Faschisten waren oder akut aufgehetzte Leute. Aber wir wissen um dieses aufgeheizte Klima. Die Töne der Vernunft und des Friedens sind dagegen mehr oder weniger verstummt. Vor diesem Hintergrund sehe ich uns in der Pflicht, dass wir uns um diese Gedenkstätten und Mahnmale kümmern bzw. sie etwa um den 8./9. Mai auch schützen.

Auf das Thälmann-Denkmal wurde geschmiert: »Der Kreml muss brennen«. Wieso verfällt jemand auf den Gedanken, auf einem solchen Denkmal eine antirussische Parole anzubringen? Da besteht doch kein unmittelbarer inhaltlicher Zusammenhang.

Richtig, aber so etwas erleben wir auch an anderen Orten. An einer US-amerikanischen Universität zum Beispiel wurde ein Seminarraum, der den Namen von Karl Marx trug,

»Die Heimatfront dreht frei«



Foto: abbilder / creativecommons.org/licenses/by/2.0/ (CC BY 2.0) / flickr.com/photos/abbilder/10090635373

In der Bundesrepublik gilt der Denkmalschutz nur eingeschränkt. Über Schmierereien am Sowjetischen Ehrenmal und am Thälmann-Denkmal. Ein Gespräch mit Max Renkl

im Zuge des Ukraine-Kriegs umbenannt. Um es kurz zu machen: Hier trifft sich Russophobie mit dem deutschen Antikommunismus. Dort, wo Hammer und Sichel prangen, wie auf dem Thälmann-Denkmal, – zudem geschaffen von einem russischen Künstler, Lew Kerbel –, an dem eines Kommunisten gedacht wird, der für die Sowjetunion eingetreten ist und der ein eindeutiger Kriegsgegner war, dort sieht man rot und geht dagegen vor.

Jüngst sind die Schmierereien übermalt worden. Jetzt steht da in großen weißen Lettern auf rotem Grund über den Schriftzug »Ernst Thälmann« gemalt: »Held«. Schändung oder zu begrüßende Gegenmaßnahme?

Schwierige Frage. Es gibt Bündnispartner, Freunde, Genossen, die das als Schändung betrachten. Allerdings sind sich alle einig, dass es so immerhin besser ist als vorher. Gleichwohl müssen wir den Bezirk weiterhin in die Pflicht nehmen, dass er sich für den Erhalt und den Schutz dieses Denkmals einsetzt. Er hat ja auch 180.000 Euro locker machen können für eine künstlerische Kommentierung. Aber er ist seit zwei Jahren nicht in der Lage, eine angekündigte Sanierung durchzuführen, und beruft sich dabei auf Haushaltssperren.

Ende März kursierte von Seiten der CDU in der Bezirksverordnetenversammlung die Forderung, das

Denkmal einzuschmelzen und den Erlös des verkauften Metalls an die Ukraine zu spenden. Wie ist da der jetzige Stand?

Da hat sich ein CDU-Hinterbänkler aus Pankow in einer Mischung aus Russophobie und Antikommunismus wichtig machen wollen. Dennoch ist das aus unserer Sicht ein weiterer Versuch, Thälmann nochmals zu ermorden. Die BVV hat über den entsprechenden Antrag aus Zeitgründen noch nicht beraten. Er soll jetzt am 4. Mai verhandelt werden. Wir rufen bereits zu Protesten auf.

Vertreter von Grünen, SPD und Linkspartei haben diese Forderung zurückgewiesen. Die dürften indes nicht in Verdacht stehen, für Thälmann irgendwelche Sympathien zu hegen. Was sind deren Motive?

Ein Abriss des Denkmals könnte bis zu fünf Millionen Euro kosten. Seit Mitte der 1990er Jahre liegt bereits ein Abrissbeschluss vor, der bislang aus Kostengründen nicht umgesetzt wurde. Außerdem dürfte mit der künstlerischen Kommentierung, die eine Diffamierung des gesamten Thälmann-Parks, des Denkmals und der Person Thälmann darstellt, sowie mit einer weiteren geplanten Kommentierung durch eine Historikerkommission die Sache für Grüne, SPD und Linkspartei erledigt sein.

Dennoch ist Gefahr eines Abrisses real.

Ja. Der Beschluss ist ja nicht aufgehoben. Und wir wissen, dass der Denkmalschutz in der Bundesrepublik nicht für Arbeiter- oder Kommunistendenkmäler gilt, und daher müssen wir uns diese Gefahr immer vor Augen führen.

Hat der Widerstand dagegen gute Chancen?

Ja, wir sind da zuversichtlich, denn wir sind nicht alleine.

Liebe Leserinnen und Leser,

als am 19. Februar die erste Nummer des laufenden Jahres erschien, war das noch vor jenem weltpolitischen Einschnitt, den der Kanzler vor allem deswegen bedeutungsschwer eine »Zeitenwende« nannte, weil er damit ein Aufrüstungsprogramm rechtfertigen wollte, das in seiner Größenordnung bisher noch nicht dagewesen ist, und das, wohlgermerkt, obwohl dieses Land, jedenfalls offiziell, nicht im Krieg steht. Die Ankündigung, mal eben 100.000.000.000 Euro für Kriegsgerät locker zu machen, zeigt, wozu dieser Staat fähig und willens ist und wozu eben nicht. Hat man je gehört, dass auch nur ein Bruchteil dieser Summe für Pflegerinnen und Ladenkassierer, für Wohnungslose und arme Rentner aufgebracht worden ist?

Russlands Krieg, vordergründig eine Angelegenheit der imperialistischen Weltpolitik, hat auch Auswirkungen auf die Berliner Landespolitik. Nicht insofern, als das Abgeordnetenhaus eine Resolution zum Angriff auf die Ukraine verabschiedet hat, die, erwartbar in Sound und Inhalt, das hässliche Betragen der russischen Seite verurteilt, aber nicht mit einer einzigen Silbe auf die konfrontative Interessenpolitik der Bundesrepublik zu sprechen kommt. Schon eher, wenn es um die Aufnahme der zahlreichen Geflüchteten aus der Ukraine geht, die der Beschließung und Zerstörung ihrer Städte flohen. Da ließ sich dann rasch große Solidarität und schnelle Hilfe feststellen, der die Menschen tatsächlich bedurften. Aber ein schaler Beigeschmack blieb. Warum nicht generell ein solch humaner Umgang mit Menschen in Not? Warum werden andere aus anderen Krisen- und Kriegsgebieten wie Geflüchtete zweiter und dritter Klasse behandelt und aus ihren bisherigen Unterkünften zugunsten der jetzt gekommenen vertrieben (siehe Seite 3)? Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass hier

Solidarität als Teil einer indirekten Kriegsführung geübt wird, auf Kosten derer, die hier schon hier leben und ohne Recht und Stimme sind. Von der künftigen Vernutzung der ukrainischen Ware Arbeitskraft, deren Qualität höher zu veranschlagen sein dürfte, als jene, die Habenichtse aus Afrika anzubieten haben, gar nicht erst zu reden. Auswirkungen auf Berlin dürfte Russlands Krieg auch in näherer Zukunft haben, wenn es heißt, aufgrund der außerordentlichen Lasten, die Putin dem Land aufgebürdet habe, müsse jetzt mal wieder der Gürtel enger geschnallt werden. Krieger brauchen kontra, Austeritätspolitik auch. Damit bleibt die Berechtigung einer Zeitung, in der unversöhnlich kommunistische Kritik an den herrschenden Zuständen geübt wird, unverändert bestehen. Also bleiben Sie uns gewogen und unterstützen Sie diese Zeitung per Spende (siehe Seite 8).

Ihr Kollektiv des Berliner Anstoß

IMPRESSUM

Der **Berliner Anstoß** erscheint viermal jährlich und wird herausgegeben vom Landesverband Berlin der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).

Kernredaktion: Toni Püschel (V.i.S.d.P.), Susanne Knütter, Daniel Bratanovic

Adresse von Redaktion, Herausgeber und Verlag: DKP Berlin, Franz-Mehring-Platz 1, Büro 551/552, 10243 Berlin
CommPress Verlag GmbH;
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
Telefon: 030 – 29 78 31 32
Mail: anstoss@dkp.berlin

Verbreitete Auflage dieser Ausgabe: 25.000 im Raum Berlin
Druck: Union Druckerei Berlin
Verwaltung GmbH
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18. April 2022. Die nächste Ausgabe erscheint am 02. Juli 2022

Dieses Projekt wird über Spenden finanziert:
Bitte nutzen Sie das Konto der DKP Berlin (BIC: BELADEBE),
IBAN: DE94 1005 0000 0043 4131 37
Verwendungszweck: Anstoß

Wie in Berlin Geflüchtete aus der Ukraine bevorzugt und andere aus ihren Unterkünften verdrängt werden

Von Carmela Negrete

Anfang März wurde in Berlin eine zentrale Aufnahmestelle im Bezirk Reinickendorf errichtet, um die Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine flüchten, besser verteilen und aufnehmen zu können. Neben den Ankunftszentrum gibt es zudem ein Containerdorf mit kleinen Wohnungen und einer Kapazität für rund 300 Menschen. Das Problem: dort lebten bisher »Ortskräfte« aus Afghanistan und andere Familien, geflüchtet aus anderen Weltgegenden – einige von ihnen seit rund drei Jahren. Sozialsenatorin Katja Kipping (Linke) hatte wenige Tage zuvor befunden, Berlin stehe vor einer historischen Herausforderung, jeden Tag nehme die Stadt tausende Flüchtlinge auf. Man stehe vor der größten Flüchtlingsbewegung in Europa nach dem zweiten Weltkrieg. Bei dieser Gelegenheit präsentierte sie die Idee eines Aufnahmезentrums in Nordberlin. Von dort sollten die Flüchtlinge in ganz Deutschland verteilt werden.

Doch offenbar musste die zuständige Behörde Familien aus ihren Wohnungen zerren, die teilweise dort jahrelang gelebt hatten. »Die Menschen gerieten in Panik, mussten ihre Unterkunft binnen kürzester Zeit verlassen«, sagt eine Mitarbeiterin, die ungenannt bleiben möchte, im Gespräch mit dieser Zeitung. »Wir mussten zwei Krankenwagen rufen, weil mehrere Menschen Panikattacken erlitten«. Auch diese Menschen sind »Kriegsflüchtlinge, auch sie sind traumatisiert und mussten nun ertragen, dass sie ihre Wohnungen und das bisschen Sicherheit, das sie hatten, von heute auf morgen verloren«. Die Mitarbeiterin sagt, das habe alle Altersklassen betroffen, Alte, Neugeborene,

Spiel der Spaltung

Foto: Mirek Pruchnicki / creativecommons.org/licenses/by/2.0/ (CC BY 2.0) / flickr.com/photos/mirekpruchnicki/5191227972



Flüchtlinge aus der Ukraine im polnischen Przemyśl

Schulkinder, die aus ihrem gewohnten Umfeld herausgerissen wurden. »Alle mussten ihren Habseligkeiten in nur wenigen Stunden packen und erhielten dabei nicht mal Hilfe vom Amt«. Die Mitarbeiter seien bis spät in der Nacht bei den Bewohnern geblieben, hätten ihnen geholfen, eine Umzugsmöglichkeit zu finden.

Flüchtlinge überwiegend aus Syrien und Afghanistan, aber auch aus dem Balkan, aus Moldau und der Türkei und anderen Ländern hatten dort aufgrund der Wohnungsknappheit und einer rassistischen Vergabepolitik der Vermieter teilweise sehr lange Zeit gelebt. Doch dann: »Alle Integrationsprojekte wurden suspendiert, Kurse abgebrochen, Kitaplätze mussten gekündigt werden. Eine absolute Katastrophe«. Einige der Bewohner seien nun in anderen Stadtteilen untergebracht, so dass nun nicht einmal die Jobcenter-Anträge gültig seien. »Sie müssen jetzt bei null anfangen.«

Eine offizielle Erklärung, warum sie ihre Wohnungen räumen müs-

sen, haben die Bewohner nicht erhalten, sagt die anonym bleibende Mitarbeiterin. Es entsteht der Eindruck, dass sie raus mussten, um Platz für andere, höher wertgeschätzte Flüchtlinge zu machen, etwa aus der Ukraine. Das zuständige Berliner Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) hat auf entsprechende Anfragen des *Anstoß* nicht reagiert. Der *Spiegel* allerdings erhielt vom Amt die Information, dass eine solche Aufräumaktion bereits in acht Flüchtlingsunterkünften durchgeführt wurde. Betroffen waren rund 800 Menschen. Das LAF habe den Menschen eine Frist von 48 Stunden gegeben, um den Umzug zu organisieren, und dafür Busse zur Verfügung gestellt. Dahingestellt, ob auch der Hausrat etlicher Familien in einem Bus passt.

Der Bericht im *Spiegel* bestätigt, was die Mitarbeiterin dem *Berliner Anstoß* erzählt hat, auch, dass manche Flüchtlinge medizinische Hilfe infolge eines Nervenzusammenbruchs benötigten. Ein Problem be-

steht laut dem Wochenblatt darin, dass das LAF immer noch Menschen unterbringt, für die es nicht mehr zuständig ist, weil diesen Menschen bereits das Asyl bewilligt worden ist, sie aber keine bezahlbare Wohnung finden. Offenbar ist die Behörde nun mit der Unterbringung der Ukrainer überfordert, scheint aber trotzdem kein Problem damit zu haben, Integration, soziale Kontakte und ein gewisses Maß an Stabilität im Leben der Geflüchteten, die zum Teil selbst aus Kriegsgebieten kommen, zu missachten.

Seit der russischen Invasion in die Ukraine am 24. Februar sind laut UNHCR mit Datum vom 1. April mehr als vier Millionen Menschen geflohen. In Polen beklagten viele Flüchtlinge aus Afrika, die in der Ukraine gelebt hatten, dass ihnen die Aus- bzw. Einreise erschwert wurde. Zudem gab es Berichte, dass afrikanische Studenten inhaftiert wurden. An der Südgrenze Europas ist das Alltag. Die spanische Polizei geht mit Knüppeln gegen Flücht-

linge aus Afrika vor, die versuchen, Spanien über den Grenzzaun zur Exklave Melilla zu erreichen. Diese Unterschiede wurde in etlichen Medien in rassistischer Manier gerechtfertigt. »Das sind nicht syrische Flüchtlinge, sondern Flüchtlinge aus dem Nachbarland Ukraine. Sind weiß und christlich und ähneln uns sehr« (*NBC*). »Das ist nicht der Irak oder Afghanistan, wo es seit Jahrzehnten Konflikte gibt, sondern ein zivilisiertes europäisches Land« (*CBS*). »Es werden Menschen ermordet, die blond und europäisch sind« (*BBC*). »Das sind nicht die Kinder, deren Leid zu sehen, wir gewohnt sind. Nein, sie sind blond und haben blaue Augen, das ist sehr wichtig« (*La Sexta*).

Nun hat die Diskriminierung offiziell Deutschland erreicht, und Ukrainer sollen schneller als alle andere Flüchtlinge Bleibe und Arbeit finden. Ganz offensichtlich beteiligt sich Berlin mit seinem »progressiven« rot-rot-grünen Senat an diesem hässlichen Spiel der Spaltung.

ANZEIGEN

Jörg Kronauer

DER AUFMARSCH – VORGESCHICHTE ZUM KRIEG
Russland, China und der Westen

»Als der Tag anbrach, breitete sich eine Schockwelle über die Welt aus: In Europa tobte nach dem NATO-Angriff auf Jugoslawien wieder ein offener Krieg«. Diesen Worten lässt Jörg Kronauer die Vorgeschichte jenes Waffengangs folgen, in den der Ukraine-Konflikt durch den russischen Angriff umschlug. Derzeit gewinnt im Machtkampf gegen China ein zweiter Großkonflikt an Kontur, für den der Westen rüstet.

Jörg Kronauer
Der Aufmarsch – Vorgeschichte zum Krieg
Russland, China und der Westen

Paperback | 207 Seiten | € 14,90
ISBN 978-3-89438-778-5

PapyRossa Verlag | www.papyrossa.de

Lesen, was andere nicht schreiben

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung der DKP



6 Wochen
kostenlos
testen!
Digital &
Print

Jetzt 6 Wochen gratis probe lesen – digital & print unsere-zeit.de | uzshop.de

T-Shirts • Kapuzenpullover
Halstücher • Fahnen • Bücher
Broschüren • Kaffeebecher
Taschen • CDs • DVDs
Antiquariat
und vieles mehr...
Schaut mal rein



uzshop.de

DKP - Gruppen- termine



Friedrichshain- Kreuzberg

Termin: Jeden zweiten und vierten Dienstag im Monat
Kontakt über:
fabienne.trotier@gmail.com

Lichtenberg/Marzahn- Hellersdorf

Termin: Jeden ersten Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: ND-Haus,
Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin, Raum 551

Pankow

Termin: Jeden zweiten und vierten Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: ND-Haus,
Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin, Raum 551

Neukölln

Termin: Jeden ersten Donnerstag im Monat
Beginn: 18.30 Uhr
Ort: KommTreff,
Jonasstraße 29,
12053 Berlin

Tempelhof-Schöneberg

Termin: Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat
Beginn: 20.00 Uhr
Ort: Leydicke,
Mansteinstraße 4, 10783
Berlin

Treptow-Köpenick

Termin: Jeden letzten Mittwoch im Monat
Beginn: 18.00 Uhr
Kontakt über:
treptow-koepenick@dcp-berlin.info

Wedding

Termin: Jeden zweiten und vierten Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Linkstreff
Malplaquetstraße 12
13347 Berlin
Kontakt über:
vorstand@dcp-wedding.de

Betriebsaktiv »Gesundheit«

Termin: Jeden dritten Mittwoch im Monat
Beginn: 18.30 Uhr
Ort: ND-Haus,
Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin, Raum 551

Spandau

Kontakt über:
dcp-spandau@gmx.de

Linker Laden

Eröffnung des KommTreff Neukölln

Nach langen, zähen und deprimierenden Zeiten der Kontaktarmut und bloß virtuellen Verständigung, können Linke in Neukölln nun wieder zum regen Austausch zusammenkommen. Am 9. April wurde in der Jonasstraße 29 im Beisein von zahlreichen Gästen das KommTreff eröffnet. Die dort aktiven Gruppen trugen im Rahmen des Programms Wissenswertes und Unterhaltsames zu einem gelungenen Nachmittag und Abend bei.

Der Freundeskreis »Ernst-Thälmann-Gedenkstätte« wies mit einem Vortrag und anschließender Führung auf die Wichtigkeit antifaschistischer Erinnerungsorte auch für heutige politische Auseinan-

dersetzungen und Kämpfe hin. Im Nebenraum des KommTreff sind aus dem Sporthaus Ziegenhals gerettete Ausstellungsstücke zu sehen. Bei der dortigen Tagung der KPD am 7. Februar 1933, die eine Woche nach der Machtübergabe an Hitler bereits in der Illegalität stattfand, trat Ernst Thälmann das letzte Mal vor seiner Verhaftung auf.

Die türkischen Genossinnen und Genossen bereicherten die feierliche Eröffnung des KommTreff kämpferisch-musikalisch und trugen Lieder der türkischen und internationalen Arbeiterbewegung vor. Heute wie damals aktuelle Gedichte von Brecht unterstrichen, wer von Kriegen profitiert und wer den Preis dafür zahlen muss.

Dank des Buffets mit Speisen unterschiedlichster Art war für jede und jeden etwas dabei, und der Cocktailstand der Sozialistische Arbeiterjugend garantierte die Versorgung der Anwesenden mit anregenden Getränken für Geist und Gaumen.

In Zukunft werden die Räume wieder für regelmäßige Veranstaltungen offen sein und damit einen Treffpunkt bilden, an dem über kommunale Probleme wie Wohnraumangel, aber auch schlecht ausgestattete Schulen, über Friedenspolitik, aktiven Antifaschismus, Erinnerungskultur und explodierende Energiepreise diskutiert werden kann.

Christine Büchner

Stoppen wir die Angriffe auf sowjetische Ehrenmale! Die Erinnerung an die Befreiung durch die Rote Armee darf nicht vergessen werden! Antifaschismus lässt sich nicht entsorgen! Heraus zum 8. und 9. Mai!

Erklärung des DKP- Parteivorstandes zu den Schändungen sowjetischer Ehrenmale und antifaschistischer Gedenkstätten

Im Gedenken an die Opfer

SDAJ besucht Buchenwald

Am 11. April jährte sich die Selbstbefreiung der Inhaftierten des KZ Buchenwald zum 77. mal. Die SDAJ Berlin traf sich mit vielen Genossinnen und Genossen des Landesverbands Ost, um der Opfer des Hitlerfaschismus zu gedenken, die in Buchenwald ermordet wurden. Der Landesverband wohnte der offiziellen Gedenkkundgebung bei und legte einen Kranz nieder.

Auf einem Rundgang über das Gelände und in der Dauerausstellung des Museums lernten wir einiges über die vielfältigen Formen des Widerstands, die die Häftlinge anwandten. So gelang es den gefangenen Kommunisten von Buchenwald, Teile der Selbstverwaltung des KZs zu übernehmen, Waffen zu horten und beim Anrücken der US-Armee im April 1945 einen Aufstand anzuzetteln. Auch die vielen Anekdoten von spontaner Hilfe und von Mitgefühl berührten uns. Im Angesicht des Leids und der Schrecken, die der Lageralltag mit sich brachte, ist

jedes Zeichen von Menschlichkeit ein Akt des Widerstands.

Zur Gedenkkundgebung, an der 16 KZ-Überlebende teilnahmen, waren Vertreter aus Russland und Belarus eingeladen worden. Als Grund nannte die Gedenkstätte Buchenwald den Tod des Buchenwald-Überlebenden Boris Romantschenko an, der bei einem Bombenangriff auf Charkiw getötet wurde. Der Tod Romantschenkos ist eine Tragödie. Aber die Vertreter derjenigen Länder auszuladen, die für die Befreiung Europas vom Hitlerfaschismus Millionen von Leben ließen, lehnen wir entschieden ab.

Nach dem Besuch in Buchenwald bleibt uns die Erkenntnis, dass wir als Antifaschisten für die endgültige Zerschmetterung des Nazismus kämpfen müssen. Wir kämpfen für den Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit, damit der Schwur von Buchenwald Wahrheit wird.

SDAJ Berlin



Das sowjetische Ehrenmal im Treptower Park in Berlin wurde wiederholt geschändet und damit das Andenken der dort beigesetzten 7.000 sowjetischen Soldaten, die für die Befreiung Berlins von der Nazibarbarei ihr Leben gelassen haben.

Dieser Angriff auf das antifaschistische Erbe reiht sich ein in eine Kette von Übergriffen auf sowjetische Ehrenmale und auf antifaschistische Gedenkorte, darunter das Thälmann-Denkmal in Berlin. Russisch sprechende Mitbürgerinnen und Mitbürger werden auf offener Straße angepöbelt, Schaufensterscheiben russischer Geschäfte beschmiert und zerschlagen. Wenn dem kein Einhalt geboten wird, kann sich daraus eine Pogromstimmung entwickeln.

Parolen wie »Tod allen Russen« am Sowjetischen Ehrenmal in Treptow sind der unselige Zeitgeist einer rassistischen Pro-

paganda, die im Gleichschritt mit der von Bundeskanzler Scholz verkündeten »Zeitenwende« marschiert. Sie sind Ausdruck einer Kriegspropaganda, die keinen Platz lässt für Nachdenklichkeit und Zwischentöne. Ungehört ist Alt-Bundespräsident Richard von Weizsäcker (CDU), der den 8. Mai als Tag der Befreiung bezeichnete und mahnte: »Hitler hat stets damit gearbeitet, Vorurteile, Feindschaften und Hass zu schüren. Die Bitte an die jungen Menschen lautet: Lassen Sie sich nicht hineintreiben in Feindschaft und Hass gegen andere Menschen.«

Statt die anstehenden Feiern in den Gedenkstätten für sowjetische Kriegsoffer und die Befreiungsfeiern in ehemaligen Konzentrationslagern für Begegnungen und Gespräche zu nutzen, werden russische und belarussische Vertreter eingeladen. Dabei lehrt uns der Sieg der Roten Armee über den Faschismus das genaue

Gegenteil. Er war nur möglich durch das Zusammenleben der Völker in der Sowjetunion und ihren gemeinsamen Kampf. Statt die völkerverbindende Bedeutung von Kunst, Musik und Wissenschaft zu fördern, werden in unserem Land russische Künstlerinnen, Künstler und Wissenschaftler auf den Index gesetzt, ausgegrenzt oder ihrer Positionen enthoben.

Diese Russophobie ist keine Randererscheinung verwirrter Geister. Sie ist kühl und berechnend inszeniert, orchestriert durch eine alle Medien durchziehende Kriegspropaganda. Ein Stichwortgeber ist der ukrainische Botschafter und Bandera-Freund Andrij Melnyk. Was jetzt passiert, ist das Ergebnis jahrelanger Mobilisierung und Hetze gegen Russland und von Versuchen, die Geschichte zu revidieren. Erinnerung sei an die Resolution des EU-Parlaments zur Mitschuld der Sowjetunion am Zweiten Weltkrieg. Erinnerung sei an die

unsäglichen Hitler-Putin-Vergleiche.

Russophobie ist die Begleitmusik für Hochrüstung und Krieg. Die Menschen in diesem Land werden auf das Feindbild Russland getrimmt. So soll Widerstand gegen Waffenlieferungen an die Ukraine, völkerrechtswidrige Sanktionen gegen Russland und das 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr verhindert werden. Das lassen wir nicht zu. Die DKP ruft ihre Mitglieder auf, am 8. und 9. Mai Aktionen, Kundgebungen und Ehrungen an sowjetischen Ehrenmalen und antifaschistischen Gedenkstätten im Bündnis oder eigenständig zu organisieren, diese zu schützen und sich mit russischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu solidarisieren. Wir wollen Frieden mit Russland!

Essen, 13. April 2022

Wehrt Euch!

Ende des Branchenmindestlohns in Bauindustrie und Bauhandwerk: IG BAU Berlin ist kampfbereit und rät Beschäftigten, tariflosen Betrieben den Rücken zu kehren

Von
Susanne Knütter

Nachdem die Kapitalseite den Schlichterspruch zum bundesweiten Branchenmindestlohn abgelehnt hat, haben die Berliner Beschäftigten in tariflosen Bauunternehmen nun zwei Möglichkeiten: Entweder sie fordern die Gewerkschaft Bergbau, Agrar, Umwelt (IG BAU) auf, für ihren Betrieb einen Haustarifvertrag auszuhandeln, oder sie kündigen. In Anbetracht der wirtschaftlichen Lage sei es heute nicht mehr nötig für Firmen zu arbeiten, die keinen Tariflohn zahlen, sagt Hivzi Kalayci, bei der IG BAU im Bezirk Berlin zuständig für die Bauwirtschaft, im Gespräch mit dem *Berliner Anstoß*.

Am 8. April verweigerten der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (HDB) und der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB) dem Schiedsspruch des Präsidenten vom Bundessozialgericht, Rainer Schlegel, der bereits frühere Auseinandersetzungen der IG BAU geschlichtet hatte, ihre Zustimmung. In der Begründung der Tarifgemeinschaft hieß es, die vorgeschlagene Erhöhung stelle zum einen »eine nicht zu rechtfertigende Verteuerung einfachster Tätig-

keiten im Baugewerbe dar«. Zum anderen dient die Krise als Ausrede: »Die aktuelle Preis- und allgemeine wirtschaftliche Entwicklung lassen wenig Spielraum zu, verlässliche Prognosen sind derzeit nicht möglich«, lautete es in der gemeinsamen Pressemitteilung.

Das sieht die Gewerkschaft anders: Der Bau in Berlin habe volle Auftragsbücher, erinnerte der Bezirksvorsitzende der IG BAU Berlin, Christian Stephan, Anfang April in einer Mitteilung. Für den Neubau von Wohnungen, für Energiesparmaßnahmen und für seniorengerechte Modernisierungen suchten Unternehmen schon heute händeringend Leute. Es sei ein offenes Geheimnis, dass die Branche auf Zuwanderung dringend angewiesen sei. Der Ruf nach Fachkräften aus dem Ausland werde immer lauter, so Stephan. Gut möglich, dass die Baufirmen auf ein vergrößertes Arbeitskräfteangebot setzen, um höhere Löhne zu umgehen. Zum Kalkül von Kapitalisten gehört diese Erwägung seit jeher.

Mit dem neuen Branchenmindestlohn hätten 30.000 Baubeschäftigte in Berlin ab Mai mindestens 13,45 Euro pro Stunde verdient. Das wären 60 Cent mehr als jetzt gewesen. Im kommenden und dem darauf folgenden Jahr sollten nochmals 60 Cent dazukommen. Das sah der Schlichterspruch für

den Branchenmindestlohn I, für Werker und Hilfsarbeiter, vor. Nun ist dieser Mindestlohn in Höhe von aktuell 12,85 Euro vorerst eingefroren. Bauarbeiter, die neu eingestellt werden, bekommen allerdings nur den gesetzlichen Mindestlohn in Höhen von derzeit 9,82 Euro.

Die IG BAU hatte dem Schlichtervorschlag bereits Ende März zugestimmt. »Um Arbeitsplätze zu sichern und um die Sozialpartnerschaft zu erhalten«, sagt Kalayci. Dabei hatte der Schlichter sogar eine zentrale Forderung der Kapitaleseite aufgegriffen. Der Branchenmindestlohn II für Facharbeiter, der in Berlin bei 15,55 Euro (in Westdeutschland bei 15,70 Euro, in Ostdeutschland gibt es gar keinen) liegt, wäre zum Ende des Jahres weggefallen. Von da an sollte er als feste Position im Tarifpaket verhandelt werden. Den Wegfall des Mindestlohns II begründete Schlichter Schlegel laut Kalayci damit, dass es der Zoll so leichter gehabt hätte. Dieser hätte den Mindestlohn II ohnehin nicht mehr kontrolliert.

Nachdem der Branchenmindestlohn an der Bauindustrie gescheitert ist, müssten aus Sicht der Gewerkschaft nun auch viele Neubau- und Sanierungsmaßnahmen in Berlin auf der Strecke bleiben. Nämlich genau jene, bei denen Bauarbeiter nur den gesetzlichen Mindestlohn von derzeit 9,82 Euro

und nicht den deutlich höheren Tariflohn bekommen, prophezeite Stephan am 5. April.

Auf dem Markt für Bauaufträge haben jetzt diejenigen Bauunternehmen einen Vorteil, die nicht tarifgebunden sind. Deshalb gab es auch widersprüchliche Reaktionen aus den Landesarbeitgeberverbänden. So hatte die bayerische Bauwirtschaft dem Schlichterspruch zugestimmt, die rheinland-pfälzische hatte ihn abgelehnt. Letztlich ist der erste Baubranchenmindestlohn in der BRD, der vor 25 Jahren eingeführt wurde, der erste, der von Unternehmen beerdigt wird. Eine Wiederaufnahme der Verhandlungen ist unwahrscheinlich. ZDB und HDB haben zwar Gesprächsbereitschaft signalisiert, allerdings bereits klar gemacht, dass ihnen ein einheitlicher Baumindestlohn von 13 Euro vorschwebt. Das wären gerade einmal 15 Cent über dem zuletzt gültigen.

Nun ist das Bauhauptgewerbe nicht für kräftige Arbeitskämpfe bekannt. Die Branche ist kleinteilig, die Kollegen auf den vielen Baustellen sind schwer zu organisieren. Im Vergleich zu anderen Branchen wird hier oft auf das Mittel der Schlichtung zurückgegriffen. Aber Gewerkschafter Kalayci versicherte gegenüber dem *Berliner Anstoß*: »Wenn es darauf ankommt, sind wir in der Lage zu streiken.«

**Die Welt anders
Zum Tod des
Kämpfers für
Frieden Ton
Veerkamp**



Er war ein ewiger Warner vor dem Krieg, ein unermüdlicher Kämpfer für den Frieden. Erst Katholik, dann Protestant, auch Marxist und vor allem Friedensaktivist. All das passte in ein Leben zwischen Theologie und Friedenspolitik.

Ton Veerkamp wurde am 19. November 1933 in Amsterdam als Sohn eines sozialistischen Bauarbeiters und einer katholischen Mutter geboren. Erst lernte er Bankkaufmann, studierte dann aber Philosophie an der katholischen Universität Nijmegen und anschließend Theologie in Maastricht und New York. Er gehörte dem Jesuitenorden an und wurde 1965 zum Priester geweiht. In den USA erfolgte auch seine Politisierung, denn Veerkamp geriet mitten in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um den Vietnamkrieg und den Kampf um die Bürgerrechte für alle US-Amerikaner. Auf einer Studienreise in die DDR lernte er die Buchhändlerin Marianne Reichhoff kennen. Der Liebe wegen trat er aus dem Jesuitenorden aus, wurde Protestant und zog mit der Unterstützung von Helmut Gollwitzer mit seiner späteren Frau nach Westberlin.

Von 1970 bis 1998 war er Studentenprofessor der Evangelischen Studentengemeinde in Berlin und betreute vor allem ausländische Studenten an den Berliner Hochschulen.

Ton Veerkamp war auf jeder Friedensdemonstration zu sehen. Unentwegt, unverzagt und unverdrossen gegen den Krieg: den in Vietnam, den um die Falklandinseln, den in Jugoslawien. Mit seiner großen Statur stand er fast immer an der Spitze der Friedensdemonstrationen. Veerkamp war ein nicht wegzudenkender Teil der Berliner Friedensbewegung und geschätzt für sein Moderations- und Vermittlungsgeschick. Haltung besaß er und pflegte zu sagen: »Ich bin parteilos, um wirklich parteiisch sein zu können.

Kurz nach der Entfesselung eines Krieges mitten in Europa ist Ton Veerkamp am 28. Februar im Alter von 88 Jahren gestorben. Er, der ewig Parteiose, der immer so klar Partei gegen den Krieg und für den Frieden ergriffen hat. (ilo)

Es wird Zeit

Beschäftigte monieren schleppende Umsetzung der Tarifverträge für mehr Personal an den Kliniken von Charité und Vivantes

Eigentlich sei es Notwehr gewesen, »dass wir die Tarifverträge für mehr Personal durchsetzen mussten«, erklärte Mareen Höwler, Intensivpflegekraft der Charité, laut einer Mitteilung der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi vom 13. April. Jetzt müssten die Vereinbarungen auch mit Leben gefüllt werden. Doch genau das scheint bisher nicht in dem Maße zu erfolgen, wie es die Beschäftigten erwartet haben. Vor allem Vivantes lasse sich Zeit. »Ich habe gerade nicht das Gefühl«, dass das Management »hier alles tut, um zügig zu einer Umsetzung der verhandelten Regelungen zu kommen«, sagte Anja Voigt, Intensivpflegekraft, laut der gleichen Mitteilung. »Nur auf Plakaten zu werben, wird nicht reichen, um Personal zu gewinnen und zu halten.«

Im vergangenen Jahr hatten die Beschäftigten der Berliner Kliniken Charité und Vivantes mehr als vier Wochen lang für eine Entlastung des Personals gestreikt. Seit dem 1. Januar sind Tarifverträge in Kraft, die unter anderem die Personalbesetzung in den verschiedenen Kran-

kenhausbereichen festlegen.

Am Ende dürfte es wieder am Geld liegen. Verdi sieht den Berliner Senat in der Verantwortung. Im vergangenen Jahr hätten sich weite Teile der Landesregierung hinter die Forderungen der Beschäftigten in den landeseigenen Krankenhäusern gestellt. Die neue Landesregierung habe die Finanzierung der Tarifverträge zugesichert. »Wir erwarten jetzt zeitnah eine Reaktion von Seiten der Koalition«, erklärte Jana Seppelt, Verdi-Landesfachbereichsleiterin für den Bereich Gesundheit, Soziales, Wissenschaft und Bildung am 13. April. Es müsse »schließlich auch im Interesse der Berliner Regierung sein, dass die Tarifverträge gut umgesetzt werden, um damit die Personalnot an den Berliner Kliniken zu reduzieren.«

Der Berliner Senat hat nach eigener Auffassung seine Schuldigkeit getan. Die Investitionsmittel für die Berliner Krankenhäuser wurden erhöht. Mit 148 Millionen Euro in diesem Jahr und weiteren 154 Millionen Euro im kommenden Jahr würden sich die Mittel binnen drei

Jahren verdoppeln. Vor der Pandemie, im Jahr 2019, standen dem Land Berlin für die Investitionsmittel 80 Millionen Euro zur Verfügung. Ein Drittel der erhöhten Haushaltsmittel gehen nach Angaben der Senatsverwaltung für Finanzen an den Klinikkonzern Vivantes.

Weil die Bundesländer ihrer Verpflichtung, den Krankenhäusern Investitionsmittel zur Verfügung zu stellen, seit Jahren nur ungenügend nachkommen, sehen sich die Kliniken bisweilen genötigt, sich für die Finanzierung von Investitionen bei anderen Haushaltstöpfen zu bedienen – nicht selten zulasten des Personals. Aus Sicht des Senats müsste sich durch die Erhöhungen der Finanzmittel die Gewichtung im Kalkül der Kliniken ändern. Die Berliner Krankenhausgesellschaft widerspricht. Nach ihren Angaben deckten die Investitionsmittel für dieses und nächstes Jahr nicht einmal die Hälfte des tatsächlichen Bedarfs von jährlich etwa 350 Millionen Euro.

Was Vivantes betrifft, beabsichtigt die Berliner Regierung, den öffentli-

chen Krankenhausträger mit Eigenkapitalzuführungen zu stärken. Für Vivantes sind im Haushaltsentwurf für dieses Jahr 128,3 Millionen Euro vorgesehen, für das nächste Jahr 131,7 Millionen Euro. Mit diesem Polster hätte das Unternehmen zum Beispiel die Möglichkeit, neue Kredite aufzunehmen. Tarifverträge zu finanzieren, sei allerdings aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Das Gesetz sieht vor, dass die Krankenhausträger ihre laufenden Kosten selbst erwirtschaften. Auch die für das Personal. (sk)

ANZEIGE

Urlaub im Lotsenhaus an der Ostsee

(14 km von Stralsund)
3 komfortable Fe.-Wo.

Erich und Michaela Bartels
Näheres: Tel. 03831 – 459 366

www.ferien-im-lotsenhaus.de

»Mobilitätsland Nr. 1« Keine Chance für die Schiene



Haben Sie sich auch schon einmal gefragt, ob nicht einmal Schluss sein wird mit dem fortwährenden Neu- oder Ausbau von Autobahnen und Autobahnkreuzen, von kreuzungsfreien Bundesstraßen und Ortsumgehungen, Abfahrten, Zufahrten und Zubringerstraßen; sich gefragt, wie dicht das Netz von Asphaltbändern noch wird, das Städte, Siedlungs- und Naturräume zerschneidet und zerstückelt?

Wer Gründe dafür sucht, der wird im »Bundesverkehrswegeplan 2030« (BVWP) aus dem Jahr 2015 fündig. Gleich doppelt (hält besser) findet sich dort folgende Passage: »Als Exportnation, als Hochtechnologie- und Transitland ist Deutschland auf einen reibungslos funktionierenden Personen- und Güterverkehr zwingend angewiesen – denn Mobilität ist ein Standortfaktor erster Güte. Nur wenn wir Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft ein leistungsfähiges Verkehrssystem bereitstellen, sind die Chancen des Fortschritts und der Globalisierung mittel- und langfristig für uns nutzbar. Moderne Mobilität ist Voraussetzung für eine moderne Gesellschaft, für Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Wohlstand.« Als »zentrales Anliegen« wird im BVWP »die Sicherstellung von Mobilität im Personenverkehr und der Güterversorgung sowie die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen in Deutschland« bezeichnet.

Keine Chance für die Schiene, besonders was den Waren- und Gütertransport angeht? Nein, nicht ernsthaft. Mit der räumlichen und zeitlichen Flexibilität des Güterverkehrs per LKW kann die Bahn nicht mithalten (außer bei großen Mengentransporten wie von Kohle, Benzin, Baustoffen). Denn größtmögliche Effizienz, also Produktionskosten, die so gering wie möglich sind, bringen auf dem Weltmarkt am Ende einen Kostenvorteil. Der Zwang der weltweiten kapitalistischen Konkurrenz durchzieht längst alle Lebensbereiche und bestimmt somit auch die nationale Verkehrspolitik. Der BVWP prognostiziert für das Jahr 2030 gegenüber 2010 ein Wachstum des Gütertransports um 46,1 Milliarden Tonnenkilometer auf der Schiene und auf der Straße um 170,1 Milliarden. Beim Personenverkehr wird die Schere zwischen Individualverkehr und Eisenbahn (plus ÖPNV) sogar noch ein gutes Stück weiter auseinandergehen. Das Bundesverkehrsministerium will dafür sorgen, dass die Prognose in Erfüllung geht, denn: »Mit dem Bundesverkehrswegeplan 2030 bleiben wir das Mobilitätsland Nr.1.« (jst)



Die-in gegen Ausbau der A100 in Berlin (2016)

Berlin, Politisches Tauziehen um Weiterbau der A100 Autobahnstadt

Von Jörg Stoll

Noch ist der 16. Bauabschnitt der Berliner Stadtautobahn A100 eine Riesenbaustelle. Die Eröffnung des 3,2 Kilometer langen Abschnitts zwischen dem Dreieck Neukölln und der Anschlussstelle Treptower Park ist derzeit für Ende 2024 in Aussicht gestellt. Doch die Autobahnlobby Deutschlands schläft nicht. In Gestalt der Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium und FDP-Bundestagsabgeordneten Daniela Kluckert meldete sie sich am 29. März in einem Interview mit der *Berliner Morgenpost* zu Wort. Dort verkündete die 1980 geborene Diplom-Volkswirtin selbstbewusst: »Wir treiben den Weiterbau der A100 so schnell wie möglich voran. Es ist eine Investition in die Zukunft der Stadt.« Und damit deutlich wird, was Sache ist, fügte sie hinzu: »Mit der Ausschreibung der Planung für den 17. Bauabschnitt ist nun auch klar, dass weiter gebaut wird.« Konkret: Der

Stadtring A100 soll in Zukunft über Friedrichshain bis zur Storkower Straße in Lichtenberg verlängert werden.

Das kam beim Berliner Senat und seinen Regierungsparteien SPD, Grüne und Linkspartei gar nicht gut an. Vor allem die beiden letzteren hatten sich im Wahlkampf 2021 vehement für ein Ende des Autobahnbaus in Berlin ausgesprochen und sogar den Rückbau des mitten im Bau befindlichen 16. Abschnitts gefordert. Den Grünen in Berlin darf man hierbei durchaus ernsthafte Absichten unterstellen: Sie hatten 2011 sogar die Koalitionsverhandlungen mit der SPD wegen dieser Frage platzen lassen, so dass der 16. Bauabschnitt dann 2013 mit dem SPD/CDU-Senat gestartet wurde. Einst hatte sich sogar die Berliner SPD gegen den Weiterbau ausgesprochen, wurde dann aber 2007 auf einem Parteitag durch ihre Parteioberen mit Klaus Wowereit an der Spitze auf Autobahnlinie gebracht, worauf dann der Berliner Senat die planungsrechtlichen Vorbereitungen für den 16. Bauabschnitt in die Wege leitete. Was wiederum die Linkspartei nicht etwa zum Anlass nahm, die damalige Koalition

mit der SPD zu verlassen, obwohl auch sie sich im Wahlkampf 2006 gegen den Weiterbau der A100 ausgesprochen hatte.

Dass die Berliner SPD, spätestens wenn sie Regierungsverantwortung trägt, eindeutige Autobahnbefürworterin ist, kann als sicher gelten. Bezeichnend, dass Berlins Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey, die aus ihrer persönlichen Zustimmung zum 17. Bauabschnitt gar keinen Hehl macht, die forsche Ankündigung aus dem Bundesverkehrsministerium inhaltlich gar nicht zurückwies, sondern nur Formales bemängelte: Die Entwicklung habe man zu diesem Zeitpunkt nicht erwartet: »Ich würde mir wünschen, dass der Bund die Schritte, die er unternimmt, mit uns abstimmt.« Der Sprecher der SPD-Fraktion, Stephan Machulik, jammerte: »In Berlin und in der Koalition sind wir davon kalt erwischt worden, in der Kommunikation war das sehr misslich.« Und wiegelte dann erst einmal ab: »Ob das alles so kommt, darüber werden wir noch reden müssen.« (*Morgenpost* vom 30.3.22)

Ob das alles so kommt? Ja, diese Prognose sei hier aufgestellt, beim normalen Gang der



Genossenschaft für die junge Welt

Wir brauchen Dich, Genossin, Genosse!

Die *junge Welt* erscheint im Verlag 8. Mai. Der Verlag gehört der Genossenschaft LPG *junge Welt* eG, die nicht zufällig am 7. Oktober 1995 gegründet wurde. Um die *junge Welt* zu stärken, suchen wir viele neue Genossenschaftsmitglieder.

Weitere Informationen zu Satzung und Mitgliedschaft:

- jungewelt.de/genossenschaft
- 0 30/53 63 55-10
- lpg@jungewelt.de



ANZEIGE

politischen Abläufe ganz bestimmt. Denn das Land Berlin (und damit der Senat) hat beim Autobahnbaubau (anders als noch beim 16. Bauabschnitt) inzwischen gar nichts mehr zu entscheiden. Dafür hat nämlich die letzte CDU/CSU/SPD-Bundesregierung gesorgt, als 2017 mit dem Gesetz über die Gründung einer Bundesautobahn GmbH auch die alleinige Entscheidungsbefugnis über Betrieb und Bau der deutschen Autobahnen von den Bundesländern auf den Bund übertragen wurde. Seit 2021 ist das Gesetz nun vollumfänglich in Kraft. Kluckert sagte dazu: »Der Autobahnbaubau in Berlin wird wie bei allen Autobahnen in Deutschland von der Autobahngesellschaft des Bundes betreut und umgesetzt. Das ist eine Bundesangelegenheit.«

Deshalb auch ist es im Berliner Koalitionsvertrag 2021–2026 bezeichnenderweise bei einem einzigen dürren Satz zur A100-Verlängerung geblieben, mit dem die SPD gut leben kann: »Planung und Bau des 17. Bauabschnitts der A100 wird in der neuen Legislaturperiode durch die Landesregierung nicht weiter vorangetrieben.« Da mag der gegen den Autobahnbaubau in Berlin sehr engagierte Bund für Umwelt- und Naturschutz in Deutschland (BUND) noch so fest daran glauben, »die verkehrspolitische Agenda von RGR (Rot-grün-rot) ist in vielerlei Hinsicht fortschrittlich und ambitioniert«, und in diesem Zusammenhang auch auf »die Absage an die A100-Verlängerung über den Treptower Park hinaus« verweisen – das Bundesverkehrsministerium, das im Interesse des Wirtschaftsstandortes Deutschland seit eh und je alles für die größtmögliche LKW- und PKW-Mobilität tut, wird von solchen »Ambitionen« nichts wissen wollen. Die spärliche Verlautbarung des Berliner Koalitionsvertrages ist somit ein Muster ohne Wert.

Angesichts des Vorstoßes aus dem FDP-Verkehrsministerium zeigt die Linkspartei sich mal wieder entschlossen. Auf ihrer Webseite zu ihrem 8. Landesparteitag (3. Tagung) am 4. April posaunt sie: »Wir werden alle Mittel nutzen, um den 17. Bauabschnitt zu verhindern.« Deshalb wohl vertraut sie ganz auf den Rechtsstaat und fordert in einem Beschluss den Senat auf, zu prüfen, ob man nicht mit einer Normenkontrollklage vor das Bundesverfassungsgericht ziehen könne. Damit soll die Gesetzesänderung von 2017 überprüft werden. Doch welche rechtliche Normen sollen da verletzt worden sein? Auch die zweite Forderung des Landesparteitages reißt einen nicht vom Hocker: Die Rückübertragung der Planfeststellungsbehörde der Bundesfernstraßen an das Land. Sie war nämlich ab 2021 im Zuge des Bundesautobahngesetzes zur Autobahn GmbH gewechselt. Doch auch eine Rückübertragung (wenn überhaupt noch möglich) ergäbe keinen Sinn, denn Planfeststellungsbehörden müssen stets politisch weisungsunabhängig und neutral im Sinne ihres amtlichen Auftrags (hier: den Bau von Autobahnen rechtlich absichern) agie-

ren. Sollten diese grandiosen Vorschläge der Linkspartei nicht fruchten, wird sie ihr Trumpf ziehen: Dann will sie sich nämlich »mit außerparlamentarischen Bündnispartner*innen vernetzen«. Wenn sie denn noch glaubwürdig wäre ...

Bekundet dagegen die grüne Umwelt-Verkehrssenatorin Bettina Jarasch ebenfalls: »Wir werden alles tun, um den Weiterbau zu verhindern ... Ich sage, das wird nicht passieren« (Tagesspiegel, 3.4.2022), dann ist das sicher erster zu nehmen als die Schaumschlägerei der Linkspartei. Jarasch wird versuchen, die grünen Minister in der Bundesregierung zu mobilisieren. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung sei vereinbart worden, die Projekte des (von 2015 stammenden) Bundesverkehrswegeplans im Hinblick auf Klimaschutzziele und aktuelle Bedarfe zu überprüfen. Stefan Gelbhaar, der verkehrspolitische Sprecher der Grünen im Bundestag sagte: »Eine solche gemeinsame Verständigung erfolgte zur A100 nicht.« Das Projekt sei »ein Infrastrukturdiesaster aus dem letzten Jahrhundert«. (Tagesspiegel, 29.3.2022)

Das sieht »die Wirtschaft« und ihr politischer Arm, das Verkehrsministerium, genau andersherum. In einer Stellungnahme der Industrie- und Handelskammer Berlin heißt es: »Das strukturelle Defizit an Industriearbeitsplätzen in den östlichen Berliner Stadtbezirken resultiert wesentlich aus der schlechten Anbindung dieser Gewerbegebiete an das übergeordnete Straßennetz.« Und: »Im Hinblick auf die künftige wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens BER ist die A100 eine leistungsfähige, unverzichtbare Netzerweiterung.« Die FDP-Verkehrsstaatssekretärin Kuckert sieht die Zusammenhänge genauso: »Wir brauchen die Autobahn (...), damit der Osten mit dem Westen der Stadt verbunden wird. Und damit die Unternehmen ihre Wege durch die Stadt finden und ihre Arbeit erledigen können.« Ganz überzeugend findet sie offenbar auch folgenden Hinweis: »Hier geht es um eine Investition in Millionenhöhe.« Dass es beim 17. Bauabschnitt eher auf eine Milliarde hinauslaufen wird (siehe nebenstehenden Artikel), will sie bei aller Begeisterung den Steuern zahlenden Morgenpost-Lesern dann lieber doch nicht verraten.

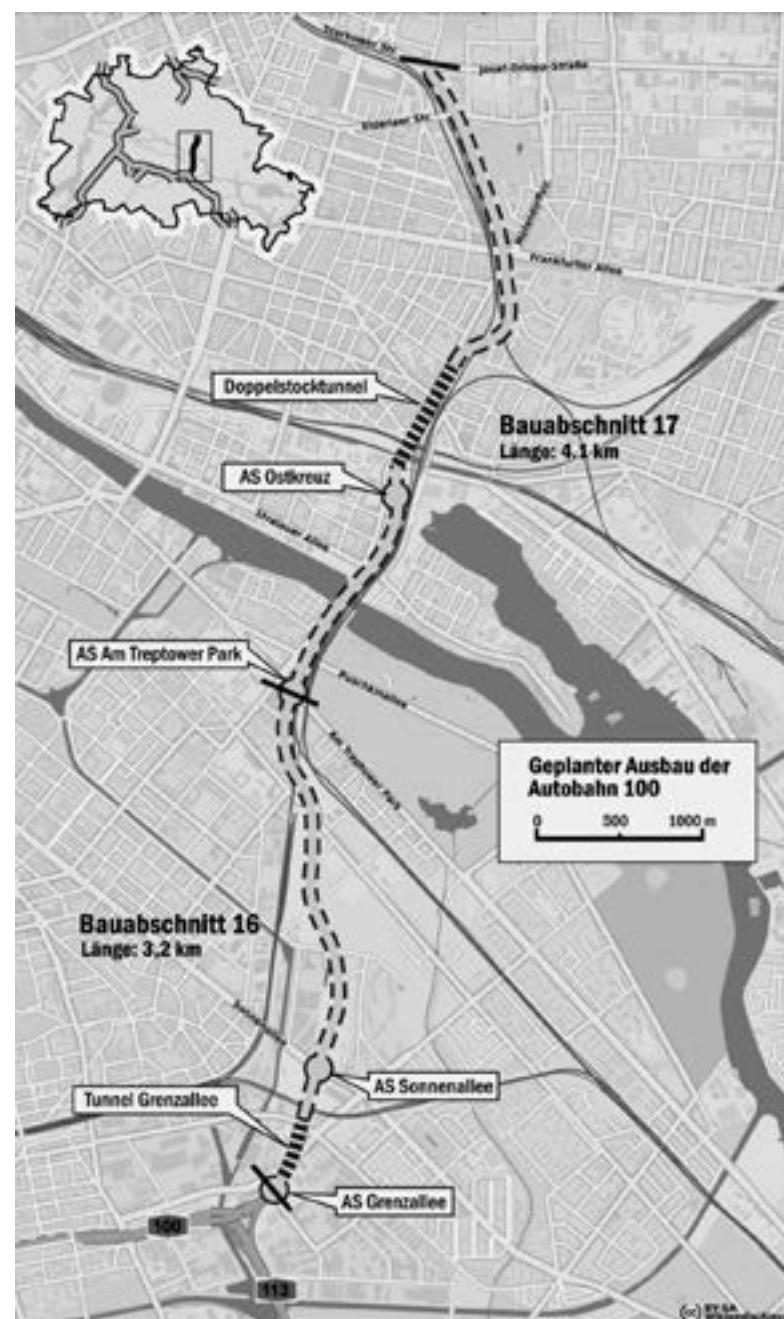


Durch Wohngebiete fräsen Der weitere Ausbau der A100

Die Autobahn A100, auch Stadtautobahn genannt, 1958 mit dem 1. Bauabschnitt im Bezirk Wilmersdorf eröffnet, erreicht mit der voraussichtlichen Fertigstellung des 16. Bauabschnitts 2024 erstmals Ostberliner Gebiet. Vom Dreieck Neukölln weitergeführt, mussten ein Kleingartengebiet mit 380 Parzellen sowie zwei Wohnhäuser in der Treptower Beermannstraße weichen. 447 hochgewachsene Bäume wurden gefällt. Für die Baufirmen ist der 3,2 Kilometer lange Abschnitt bis zur Straße Am Treptower Park ein prima Geschäft. Er wird nach derzeitigen Kostenschätzungen etwa 70 Millionen Euro kosten (gut 50 Prozent mehr als bei Baubeginn 2013 behauptet). Mit Kosten von 218.000 Euro pro Meter wird er damit die teuerste Autobahn Deutschlands.

Hat die Betonschneise erst einmal Treptow erreicht, will das Bundesverkehrsministerium sie schon verlängern. Über die Elsenbrücke, die gerade erneuert wird und die dann wieder abgerissen würde, geht es zwischen S-Bahnring und Markgrafenstraße entlang (hier dürften wohl etliche Wohnhäuser abgerissen werden) Richtung S-Bahnhof Ostkreuz, der dann unterquert wird. Die Tunnelröhren sind übrigens schon vorhanden, sie wurden bei der Sanierung des Bahnhofs vor etlichen Jahren als »Vorsorgebauwerk« gleich mitgebaut. Ein Doppelstocktunnel soll dann die A100 unter der Neuen Bahnhofstraße entlangführen (auch hier fallen Häuser), die dann am Kietzer Weg wieder das Tageslicht erblickt, dort unter den Fenstern der Hochhäuser der Wilhelm-Guddorf-Straße eine Grünanlage zerstört, um nach Überbrückung der Frankfurter Allee gut einen Kilometer später an der Storkower Straße zu enden. Kosten für die 4,1 Kilometer lange Strecke? Darüber reden ihre offenen Befürworter von CDU, FDP und AfD lieber nicht. Eine Kostenschätzung aus dem Jahre 2013 beläuft sich auf 531 Millionen Euro. Diese Summe dürfte genauso aus der Zeit gefallen sein wie dieses ganze umweltfeindliche Projekt. Übrigens: Mehr als zwei Drittel aller Berliner haben überhaupt kein Auto.

Unsinnige Logik des Stadtautobahnbaus: Nicht nur wird es an der zukünftigen Abfahrt Treptower Park permanente Rückstaus geben. Im Bundesverkehrswegeplan 2030 des Bundesverkehrsministeriums wird auch für den 17. Bauabschnitt nach Fertigstellung von häufiger Staugefahr ausgegangen. Und die Erfahrung zeigt es auch: Zusätzliche Straßen erzeugen zusätzlichen Verkehr. (jst)



Geplanter Ausbau der Bundesautobahn 100 (Stand 2016)

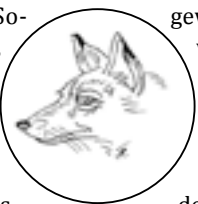
Karte: Alexrk2 / creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.de (CC BY-SA 3.0) / commons.wikimedia.org/wiki/File:A100_Geplanter_Ausbau.png

Seit 24 Jahren – um den RotFuchs sammeln sich immer mehr Linke!

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Wir sind so altmodisch, dem wissenschaftlichen Sozialismus von Marx, Engels und Lenin in Theorie und Praxis die Treue zu halten. Wir beugen uns nicht dem Antikommunismus und der Geschichtsklitterei. Für uns bleibt die DDR das gute Deutschland – nicht,



weil sie ohne Fehl und Tadel gewesen wäre, sondern weil sie den Bourgeois und Baronen für 40 Jahre Macht und Eigentum entzog. Und: Weil sie den Frieden in Europa sichern half.



www.rotfuchs.net

→ Redaktion

Bruni Steiniger
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
e-mail: rotfuchskessel@t-online.de

→ Vertrieb

Rainer Behr,
Postfach 82 02 31, 12504 Berlin
e-mail: vertrieb@rotfuchs.net

UZShop Antiquariat

Große Bücher für kleines Geld

Romane • Werke • Abhandlungen • Reportagen
Dokumentationen • Krimis • Berichte • Politik
Philosophie • Theorie • Ökonomie
Geschichte • Kunst • Sozialismus • Literatur

antiquariat.unsere-zeit.de

ANZEIGEN

Buch



Duell in Berlin

Dass einer zum Duell aufgefordert wird, mag im 19. Jahrhundert ja noch gängig gewesen sein. Aber im Berlin der Jetztzeit? Und doch, ein Mann will auf der Polizeiwache am Alexanderplatz Anzeige erstatten, weil ihm genau das passiert sei. Die derart überraschte Kommissarin hält das für einen schlechten Scherz, erinnert daran, dass die Kultur des zivilisierten gegenseitigen Totschießens ausgestorben sei, und weigert sich, in einem Fall zu ermitteln, den es offenbar gar nicht gibt. So beginnt Rayk Wielands Roman »Beleidigung dritten Grades«. Der Beleidigte, ein Antiquar, der sich manisch in die Geschichte des Duells eingegraben hat, verlangt Genugtuung von einem Psychiater, der ihm die Freundin ausgespannt hat. Eine absurde und absurd-komische Erzählung, die sich mit der Geschichte des letzten deutschen Duells verschränkt, als 1937 in Hohenlychen, unweit von Berlin zwei Nazis aufeinander schossen. (jr)

● **Rayk Wieland: Beleidigung dritten Grades. Roman, Verlag Antje Kunstmann, München 2022, 366 Seiten, 24 Euro**

Ausstellung

Foto: © Deutsches Historisches Museum/Leihgabe der Bundesrepublik Deutschland



Das deutsche Gefühl

Erst Marx, jetzt Wagner. Das Deutsche Historische Museum will das 19. Jahrhundert anhand zweier Persönlichkeiten erklären, die beide auf ihre Weise den aufblühenden Kapitalismus reflektierten. Hier der Denker und Durchdringer der Ausbeutungsstrukturen, der Revolutionär, der auf den Schultern der Aufklärer und Idealisten stand, dort der Tonsetzer der romantischen Musik, der Gefühlstechniker und Antisemit sans phrase. Die jetzt eröffnete Ergänzung zu »Karl Marx und der Kapitalismus« »Richard Wagner und das deutsche Gefühl« zu nennen, scheint schon mal nicht verkehrt. Leser dieser Zeitung dürften bisher vermutlich nicht auf den Gedanken verfallen sein, diese beiden Figuren des vorvergangenen Jahrhunderts in Verbindung zu setzen. Oder hören Sie den »Ring«, während Sie das »Kapital« lesen? Vielleicht springt beim Besuch der Expositionen ja die eine oder andere Erkenntnis heraus. Garantiert ist das nicht. (db)

● **Richard Wagner und das deutsche Gefühl, Ausstellung im Deutschen Historischen Museum, noch bis zum 11. September, Eintritt 8 Euro**

Bühne

Foto: Arno Declair



Der Hofmeister

Nach ihrer Rückkehr aus dem Exil gründen Bertolt Brecht und Helene Weigel 1949 das Berliner Ensemble. Weil das ihnen zuge dachte Theater am Schiffbauerdamm einstweilen vergeben ist, kommt die Truppe am Deutschen Theater unter. Hier feiert am 15. April 1950 in den Kammer spielen »Der Hofmeister« Premiere. Mit seiner Bearbeitung des Dramas von Jakob Michael Reinhold Lenz entdeckt Brecht nicht nur den bis dahin weithin vergessenen Sturm und Drang-Dichter für die Gegenwart wieder. Die Beschäftigung mit dem genialischen Außenseiter ist zugleich auch ein Einspruch gegen die von ihm als spießbürgerlich empfundene Kulturpolitik der SED. Bei einer der damaligen Aufführungen entstehen Szenenfotos, in kurzem Takt geschossen, die zu einem Film montiert werden. Auf dessen Basis nähern sich Tom Kühnel und Jürgen Kuttner dieser Geschichte eines Erziehers, der sich selbst kastriert, um gesellschaftsfähig zu werden. (dt)

● **Der Hofmeister (von Bertolt Brecht), Deutsches Theater, Termine: 28. April und 30. Mai**

Straßenfest

Foto: DKP-Berlin



DKP feiert

Eine Einladung an alle: Die DKP Wedding und die SDAJ Berlin stellen auch in diesem Jahr ihr schon traditionelles Straßenfest auf die Beine. Es findet unter dem Motto »Kiezfest Wedding – Feiern für eine bezahlbare Stadt« am ersten Juliwochenende wie in den Vorjahren auf dem Platz der Kreuzung von Malplaquetstraße und Utrechter Straße statt.

Neben Getränken, d. h. unter anderem den allseits besonders beliebten Cocktails kubanischer Art, werden Imbiss, und Musik – Live und aus der Dose – verabreicht, aber es soll auch um Politik gehen: Auf einem Podium mit Sachverständigen diskutieren wir das Problem, das für viele Menschen gegenwärtig zu einer Existenzfrage wird – die Explosion der Preise für Energie und Lebensmittel. Der Raubzug der Konzerne der Öl-, Gas- und Kohleindustrie begann lange vor dem Krieg in der Ukraine. Daher startete die DKP im Herbst 2021 ihre Kampagne »Hungern oder Frieren? – Energiepreise stoppen! RWE und Co. enteignen!«. Wir wollen eine erste Bilanz ziehen und überlegen, was wir gemeinsam tun können. (as)

● **Kiezfest Wedding, 2. Juli 2022, von 15 bis 22 Uhr, Malplaquetstraße Ecke Utrechter Straße, Eintritt frei**

Veranstaltungsreihe



Lebendige Bibliothek

Bibliotheken sammeln, erschließen, bewahren und machen Informationen verfügbar. Sie sind eher Orte der Ruhe als solche der Begegnung. Deshalb klingt etwas ungewöhnlich, das »lebendige Kiezbibliothek« heißt. Was ist das? Dies: »Eine lebendige Bibliothek besteht aus Menschen statt aus Büchern – Menschen mit Geschichten. Konkret triffst Du hier auf alte und neue Nachbarn mit Migrations- und Fluchtgeschichte und/oder mit ostdeutscher Biographie. Du erzählst ihnen Deine Geschichte und hörst ihre – welche Gemeinsamkeiten gibt es? Welche Unterschiede? Was überrascht Dich?« So steht es auf der Webseite der Initiative. Entstanden ist die Idee, als die Migrationsforscherin Naika Foroutan 2018 sagte, dass Ostdeutsche und migrantische Personen eine ähnliche Form von Ausgrenzung und Identitätsverlust erlebten. Inzwischen werden regelmäßige Veranstaltungen zum gemeinsamen Austausch organisiert. Bibliotheken im Berliner Osten werden zu Begegnungsstätten. (ae)

● **lebendige-kiezbibliothek.de**



Der Berliner Anstoß braucht Ihre Unterstützung!

Damit wir auch weiterhin die Kosten für Druck und Verbreitung tragen und den Berliner Anstoß als wichtige linke Stimme in der Stadt etablieren können, sind wir auf Ihre Spende angewiesen! Bitte überweisen Sie einmalig oder regelmäßig einen Betrag Ihrer Wahl auf das unten genannte Konto. Es gibt aber noch weitere Möglichkeiten, wie Sie uns unterstützen können:

Möglichkeit A: Ja, ich unterstützte die regelmäßige Herausgabe des Berliner Anstoß mit einer

- vierteljährlichen
- halbjährlichen
- jährlichen

Spende in Höhe von _____ Euro (mindestens 10 Euro.)

Hinweis: Diese Zusage kann jederzeit widerrufen werden, bereits eingezahlte Gelder werden aber nicht zurückbezahlt!

Möglichkeit B: Ja, ich unterstütze den Berliner Anstoß mit einer einmaligen Spende in Höhe von

_____ Euro

Die Spende überweise ich auf das Konto der DKP Berlin (BIC: BELADEBE, IBAN: DE94 1005 0000 0043 4131 37 **Verwendungszweck: Anstoß**)

Bitte schick mir eine Spendenbescheinigung der DKP-Berlin zu (bei bis zu 200 Euro Spende im Jahr genügt dem Finanzamt der Überweisungsbeleg).

Möglichkeit C: Ich finde das Anstoß-Projekt interessant.

- Bitte schick mir die jeweils aktuelle Ausgabe gratis zu
- Ich hätte Interesse daran, am Berliner Anstoß redaktionell/organisatorisch mitzuarbeiten.
- Ich würde gerne beim Verteilen des Anstoß mit wirken.

Bitte schick mir von jeder Ausgabe

_____ Exemplare,

die ich in _____ verteilen werde.

Name: _____

Adresse: _____

Email / Telefon: _____

Weitere Hinweise:

Berlin, den _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: DKP Berlin, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin